

<https://www.westfalen-blatt.de/owl/kreis-herford/herford/streit-badesee-plaene-johannisbauchaue-bielefeld-2794781>

www.westfalen-blatt.de > [OWL](#) > [Herford](#)

Jahrzehntealte Diskussion um Johannisbauchaue als Naturschutz- oder Freizeitgebiet neu entfacht

Streit um Badesee-Pläne vor Herfords Toren

Bielefeld/Herford

Ein See mit Badestrand und Bootsverleih vor den Toren Herfords – diese Pläne für die Johannisbauchaue in Bielefeld gibt es seit Jahrzehnten. Doch Ziel einer Mehrheit im Stadtrat ist eigentlich, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

- Von [Hendrik Uffmann](#)

Donnerstag, 20.07.2023, 16:37 Uhr
Aktualisiert 24.07.2023, 10:25 Uhr



So sahen einmal die Planungen für den Untersee nahe dem Obersee (oben rechts) in Bielefeld aus, links die Herforder Straße. Foto: Verein Pro Untersee

Nachdem Bielefelds Vertreter von CDU und FDP im Regionalrat aber jüngst dafür gestimmt haben, die Möglichkeit für einen See offen zu lassen, ist die Debatte darum neu entbrannt.

MEHR ZUM THEMA

In einer Sitzung des Regionalrates (politisches Gremium bei der Bezirksregierung in Detmold) hatten Detlef Helling (CDU) und Jan Maik Schlifter (FDP) als Vertreter aus Bielefeld gegen eine Ausweisung der Johannisbauchaue als Naturschutzgebiet gestimmt. Ihr Ziel: Sie wollen den Untersee als mögliche Option weiterhin im Regionalplan verankern.

„Nie mit der AfD gesprochen“

Dagegen gibt es nun massive Proteste von den Grünen sowie der Initiative Pro Grün. Während Klaus Feurich-Tobien, umweltpolitischer Sprecher der Grünen-Ratsfraktion, von „absoluter Ignoranz gegenüber dem Naturschutz“ spricht und CDU und FDP vorwirft, die Entscheidung mit Stimmen der AfD durchgesetzt zu haben, erklärt Bielefelds FDP-Chef Jan Maik Schlifter, dass „vorgebliche Naturschützer und ihre Parteiorgane als notorische Standortbremsen es seit Jahrzehnten schafften, jede Überlegung, wie Bielefeld eine größere Wasserfläche zur Naherholung schaffen könnte, im Keim zu ersticken“. Und: „Wir haben nie mit der AfD gesprochen.“

Die rot-grüne Mehrheit im Bielefelder Rat wolle die Möglichkeit, dass Bielefeld in Zukunft mal einen See entwickeln könne, aus dem Regionalplan streichen. „Für diesen Änderungswunsch braucht es im Regionalrat die Mehrheit der Stimmen. Da dort aber CDU, FDP und Freie Wähler genauso viele Stimmen haben wie SPD und Grüne, konnten CDU und FDP den Antrag unabhängig von der AfD verhindern.“

Über die Frage, ob Bielefeld die Option behalte, in Zukunft mal einen größeren See zu bekommen, dürfe man streiten, so Schlifter. „Darüber aber der AfD nun nicht verdiente Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, ist einfach irrwitzig und sachlich nicht richtig.“ Mit großer Verärgerung hat jetzt die Projektkonferenz Baumheide auf das Abstimmungsverhalten von FDP und CDU im Regionalrat reagiert.

Vorwurf: Ratsbeschluss unterlaufen

„Damit verzögern beide Parteien die Weiterentwicklung der Johannisbachaue zu einem naturnahen Naherholungsgebiet,“ so die Initiative in einer Stellungnahme. Sie hätten sich damit nicht nur über den entsprechenden Ratsbeschluss hinweggesetzt, sondern ignorierten auch die Fakten, „die seit Jahren bekannt sind und eindeutig gegen einen Freizeitsee in der Aue sprechen.“

Die Aue sei Teil des „Gründreiecks“, das in den nächsten Jahren im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) entstehen solle. Die Akteure der Projektkonferenz seien davon überzeugt, dass Erhalt und naturnahe Entwicklung der Johannisbachaue ein wesentlicher Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung Baumheides seien. Davon profitierten nicht nur die benachbarten Stadtteile Milse, Brake und Schildesche, sondern das gesamte Umland. „Eine entsprechende Änderung des Regionalplans gäbe hierfür Planungssicherheit.“

Würde hingegen ein Freizeitsee optional im Regionalplan erhalten, wäre eine Weiterentwicklung der Johannisbachaue zum naturnahen Naherholungsgebiet jedoch bis 2045 ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund fordert die Projektkonferenz FDP und CDU nachdrücklich auf, bei der finalen Beschlussfassung über den Regionalplan im Herbst dieses Jahres „ihre Fehlentscheidung“ zu korrigieren. Derzeit ist ein neuer Regionalplan in Arbeit. Er legt fest, welche Flächen in den Kommunen wie genutzt werden sollen. Dazu melden die Gemeinden ihre Vorstellungen an den Regionalrat.